

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 6.— Mk., vierteljährlich 18.— Mk.
Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung
der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-spaltige Zeile 1,30 Mk. von 1. Mai ab 2.— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsanfragen 1,50 Mk. Die 4-spaltige Reklameweile 1.— Mk. von 1. Mai ab 1,50 Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Anzeigen bis früh 9 Uhr. — Postfachkonto Danzig 2946. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 2990.

Nr. 17

Freitag, den 21. Januar 1921

12. Jahrgang

Das Optionsrecht der Danziger Deutschen.

Die Danziger Optionsfrage im deutschen Reichstag.

Im deutschen Reichstag fand gestern die Beratung des Beschlusses betreffend den Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und Danzig über die Regelung der Optionsfrage statt. In der ersten Lesung machte der Abg. von Remmich (Dsch. Sp.) folgende bemerkenswerte Ausführungen:

Gegen diesen einfachen Gesetzesentwurf bestehen keine Bedenken, aber ich knüpfe an die Bestimmung des Artikels 106 des Friedensvertrages einen Wunsch: Dieser schreibt vor, daß die Danziger, welche von der Option Gebrauch machen, innerhalb von 12 Monaten ihren Wohnsitz nach Deutschland verlegen müssen. Ich wünsche, daß davon möglichst wenige Danziger Gebrauch machen. Wir würden gewiß diese Brüder und Schwestern gerne aufnehmen, aber der gemeinsamen deutschen Sache wird mehr gedient, wenn sie auf ihrem Platz in Danzig bleiben. Es mag ihnen zwar schmerzhaft sein, nicht mehr Reichsdeutsche sein zu sollen. Aber ihre Lage ist leichter als die der Deutschen in Westpreußen und Polen, die den Bedrückungen der Polen ausgesetzt sind. Die Danziger sollen dazu beitragen, daß die alte Stadt Danzig ihren deutschen Charakter behält. Der Vertrag von Versailles ist unmöglich und unerfüllbar. Es muß ein besserer Ausgleich gefunden werden. Die Brücke nach Ostpreußen, die doch der große Frieden gebaut hat, muß für ein neues Preußen erhalten bleiben.

Damit schließt die erste Beratung.

In der weiteren Besprechung verlangt der Abg. Schulz-Bromberg (Dnalk.) auch eine beschleunigte Regelung des Optionsrechts für die aus Pommern nach Deutschland zurückgewanderten Deutschen, die staatsrechtlich durch die Abtretung Polen geworden sind. Damit sie noch bei den preussischen Landtagswahlen wahlberechtigt werden. Von Regierungsseite wird erklärt, daß zwar Polen eine selbständige Regelung der Optionsfrage vorgenommen habe, daß dies jedoch für Deutschland nicht angängig sei, um neue Verwicklungen zu vermeiden. Es werde vielmehr augenblicklich eine Regelung in Paris angestrebt, deren Ausgang noch nicht vorausgesehen werden könne.

Die Vorlage wird darauf in zweiter und sofortiger dritter Lesung genehmigt.

Das Ende der Danziger Demokraten.

Danzig, 21. Jan. Die Deutschdemokratische Partei und die Freie Wirtschaftliche Vereinigung im Freistaat Danzig haben sich zu einer neuen Partei mit dem Namen „Deutsche Partei für Fortschritt und Wirtschaft“ zusammengeschlossen. Die neue Partei will in erster Linie eintreten für die Erhaltung der deutschen Kultur in Danzig und für den Aufbau des Wirtschaftslebens im Freistaat. (Wir werden auf diesen Vorgang morgen ausführlich zurückkommen. D. Red.)

Noch keine Einigung über den Präsidenten des Verwaltungsrats für den Danziger Hafen.

Genf, 20. Jan. Der Völkerbundrat ist ersucht worden, den Präsidenten des Verwaltungsrates für den Hafen und die Wasserwege Danzigs zu bezeichnen, da eine Einigung über dessen Persönlichkeit zwischen den Kommissaren Polens und Danzigs, die den Verwaltungsrat bilden, nicht zustande gekommen ist.

Die Regelung der deutschen Wiedergutmachung.

Paris, 20. Jan. Bertinog tritt in einem Artikel des „Echo de Paris“ mit, daß die Brüsseler Sachverständigen der Alliierten am 18. Januar in der Reparationsfrage ihre Beschlüsse dem Obersten Räte mitgeteilt haben. Sie versprechen darin, von Deutschland fünf Jahreszahlungen von drei Milliarden Goldmark zu verlangen, die teils in bar, teils in natura bezahlt werden sollen. Die Festsetzung der deutschen Schuld bis zum 1. Mai 1921 findet nicht statt. Die Deutschen sollen gewisse Konzessionen erhalten. So sollen ihnen die 300 000 Tonnen Handelschiffraum, die sie den Alliierten noch schulden, erlassen werden. Ob die Kosten der Okkupationsarmee, die nicht mehr als 24 Millionen Goldmark betragen dürfen, in die Jahreszahlungen verrecknet werden, steht noch nicht fest. Für den Fall, daß Deutschland sein Wort nicht hält, sind Sanktionen vorgesehen, Beschlagnahme der Zölle, Beschlagnahme oder Einziehung verschiedener Monopole, wie z. B. des Salzmonopols. Vor dem Abbruch haben herabgehoben, daß, wenn die deutsche Schuld

nicht endgültig bis zum 1. Mai festgesetzt sei, man in Widerspruch mit dem Friedensvertrag von Versailles komme. Diese Abänderung des Friedensvertrages müsse die Zustimmung der anderen Länder, in erster Linie Deutschlands, erhalten. Ueber die Verhandlungen mit Bergmann teilt Bertinog noch mit, daß dieser ganz deutlich erklärt habe, er nehme die Jahreszahlungen an, aber nur in Höhe von zwei Milliarden Goldmark jährlich, wobei die Barzahlungen nicht mehr als 500 Millionen betragen dürften. Außerdem habe er noch allerhand Zugeständnisse verlangt. Die alliierten Sachverständigen hätten sich daraufhin entschlossen, ihr Programm festzusetzen, ohne weiter den Versuch zu machen, mit den Deutschen zu einem Einverständnis zu kommen. Bertinog bekämpft das Programm der Alliierten und tritt wieder für die Pauschalsumme ein.

Paris, 20. Jan. Staatssekretär Bergmann erklärt: Die Meldung des „Echo de Paris“, er sei mit Jahreszahlungen in Höhe von zwei Milliarden einverstanden, trifft nicht zu.

Berlin, 20. Jan. Am 18. d. Mts. abends hat der französische Ministerpräsident Briand den deutschen Botschafter in Paris ausgesucht und mit ihm die Frage der Beziehungen Frankreichs zu Deutschland und die der Reparation besprochen. Der Botschafter hat bei dieser Gelegenheit ausgeführt, daß Deutschland bisher immer daran festgehalten habe, daß seine Gesamtschuld festgesetzt werden müsse. Dieses hätte auch für Frankreich den Vorteil gehabt, daß man auf der Grundlage einer Regelung des ganzen Reparationsproblems leichter zu einer internationalen Anleihe gelangen könne. Wenn man eine Lösung nur für etwa fünf Jahre treffe, so sei dies insofern mißlich, als das deutsche Volk dann noch immer kein Ende absehe und fürchten würde, um so mehr zahlen zu müssen, je mehr es arbeite. Trotzdem habe die deutsche Regierung sich auf Wunsch der Gegenseite unter gewissen Voraussetzungen, die in Brüssel zur Kenntnis der Alliierten gebracht worden sind, bereit erklärt, über eine Lösung des Problems zunächst nur auf eine Reihe von Jahren zu verhandeln. Der Botschafter betonte, daß Deutschland nach seiner Ansicht nicht imstande sein werde, in den nächsten Jahren einschließlich der Kohlenlieferung mehr als einen Teil der von uns verlangten Summe und anders als in natura zu leisten. Ministerpräsident Briand gab darauf seiner Hoffnung Ausdruck, in der Reparationsfrage bald eine Verständigung zu finden.

Paris, 20. Jan. Wie die Morgenblätter melden, hat sich der Wiederaufbaukongress dafür ausgesprochen, daß Deutschland jährlich für eine Milliarde Materialien zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete liefere. Der Kongress hat sich aber gegen die Zulassung deutscher Arbeiter nach Frankreich ausgesprochen.

Genf, 20. Jan. Wie dem „Progrès“ aus Paris gemeldet wird, haben sich die französische und die englische Regierung neuerdings dahin geeinigt, der am Montag in Paris zusammen tretenden Entente-Konferenz eine internationale Hilfsaktion zugunsten Oesterreichs vorzuschlagen. Die Durchführung des Planes, der in einer Kreditbeschaffung von nicht weniger als 250 Millionen Dollar bestehe, werde jedoch in letzter Linie von der Teilnahme der Vereinigten Staaten abhängen.

Eine kommunistische Putschorganisation im Ruhrgebiet unschädlich gemacht.

Amlich, Berlin, 20. Jan. (W. T. B.) Gestern vormittag wurden sieben Führer der kommunistischen Kampforganisation in Westdeutschland festgenommen, unter ihnen der wegen seiner kommunistischen Tätigkeit bekannte Bergmann Schröder. Bei den Durchsuchungen wurde reiches Material über die Bildung einer roten Armee in Westdeutschland gefunden. Die Organisation baute sich in Bezirken, Unterbezirken und Ortsstäben unter einer roten Armee in Westdeutschland auf. Die Organisationspapiere und aus dem Gesandnis des Schröder ist festgestellt, daß der Plan auf den gewaltsamen Sturz der Regierung und der Verfassung und zur Aufrichtung der Diktatur des Proletariats abzielte, sowie, daß die W. K. P. D. als politische Partei den Putschplan unterstützt hat. Die sieben Festgenommenen, die größtenteils geständig sind, sind nach Weßel gebracht und dem Staatsanwalt des außerordentlichen Gerichts vorgeführt. Das Gericht selbst begibt sich heute nach Coesfeld.

Die fünf Probejahre der Wiedergutmachung.

Bis vor wenigen Tagen bestanden zwischen Frankreich und England Meinungsverschiedenheiten über die Behandlung der Wiedergutmachungsfrage. Nach dem Friedensvertrag ist die Gesamtsumme der deutschen Wiedergutmachungsschulden bis zum 1. Mai d. J. festzustellen, d. h. die Alliierten sind verpflichtet, sie festzusetzen, und Deutschland hat ein Recht, sie zu erfahren. Bis in die letzte Zeit hinein vertrat nun die englische Regierung den Standpunkt, daß diese Festsetzung des Vertrages gemäß und die Summe festgesetzt werden müsse. In Frankreich schätzte man jedoch, daß die gemeinsam festgelegte Summe weit hinter den übertriebenen Erwartungen des Volkes zurückbleiben und daß die Enttäuschung politische Krisen hervorrufen könnte. In Deutschland waren die Meinungen geteilt: man stand gemäßigter vor der Frage, ob es besser sei, gelassen oder gebraten zu werden. Es überwiegt jedoch die Meinung, daß die Festsetzung der Gesamtsumme zum 1. Mai vorzuziehen wäre, da man dann doch gewissermaßen wissen würde, woran man sei.

Jetzt hat sich die englische Regierung der Ansicht der französischen angeschlossen, daß die Festsetzung der Gesamtsumme verfrüht und ein fünfjähriges Probeforum vorzuziehen sei. Danach würde die Entente vor dem 1. Mai Deutschland mitteilen, was es in den nächsten fünf Jahren zu zahlen habe, und sie würde sich vorbehalten, die Gesamtsumme später zu fixieren. Das kann sie aber nicht ohne eine Änderung des Vertrags, der die Gesamtfestsetzung zum 1. Mai 1921 vorschreibt, und eine Änderung des Vertrags ist nicht möglich ohne die Zustimmung Deutschlands.

Es ist fraglich, ob sich der neue französische Minister für die breiten Gebiete, Herr Loucheur, über diese Sachlage vollkommen im klaren gewesen ist, als er gleich nach seiner Ernennung einem Mitarbeiter des „Journal“ erklärte, Deutschland werde in den nächsten Jahren zehn Milliarden Franken jährlich bezahlen müssen. Leider erfährt man aus der Unterredung nicht genau, wie Herr Loucheur diese zehn Milliarden jährlich aus Deutschland herausholen will. Er spricht zwar von einer Übernahme der deutschen Verwaltung durch die Entente, aber das sind nur leere Worte — leider, möchte man fast schon sagen. Es wäre ja ein sehr interessantes Experiment, wenn die Entente den Deutschen die in diesen Zeiten sehr schwere Mühe, sich selber zu regieren, abzunehmen würde, und man könnte wirklich gespannt sein, ob es den englischen und französischen Bureaucraten besser gelingen würde, die Dinge in Deutschland in Ordnung zu bringen, als den Deutschen. Das Experiment wird aber kaum jemals gemacht werden, da ein einheitliches Willenssubjekt für eine derartige Fremde Verwaltung fehlt. Frankreich, England, Italien usw. haben in Deutschland jeder ganz andere Interessen, und es gäbe kein besseres Mittel, mit mathematischer Sicherheit einen neuen Weltkrieg herbeizuführen, als die Einrichtung einer solchen ententistischen Zwangsverwaltung über Deutschland, bei der die Verbündeten sich alle fünf Schritte lang in die Haare geraten würden.

Darum spricht ein hoher Grad von Wahrscheinlichkeit dafür, daß aus den zehn Milliarden, die Herr Loucheur aus Deutschland jährlich herausholen will, nichts werden wird, auch für die nächsten fünf Jahre nicht. Die ententistische Zwangsverwaltung könnte sie freilich auch nicht herausholen. Vermutlich wird eine Vereinbarung für fünf Jahre zustande kommen, in der die deutschen Jahresleistungen viel niedriger angesetzt werden. Sollte aber ein solches Abkommen an der Verständigungslosigkeit der Gegner scheitern, dann müßte Deutschland gut, auf der Festsetzung der Gesamtsumme zum 1. Mai bestehen zu bleiben.

Auch wenn die Jahresraten der fünfjährigen Probezeit erheblich niedriger angesetzt werden, als Herr Loucheur sie vorschlägt, bleibt die Wiedergutmachung ein Problem, aus dessen Lösung man gelappt sein darf. Deutschland kann nur zahlen, entweder in Gold und ausländischen Geldsorten oder in Waren. Gold und ausländische Geldsorten kann es sich nur durch eine leibhaftig gesteigerte freie Ausfuhr verschaffen, durch Unterbietung der Wettbewerber auf dem Weltmarkt, durch eine rücksichtslose Schleuderkonkurrenz, kurz, durch das sogenannte „dumping“, über das man jetzt schon im Ausland klagt, obwohl die Sache noch gar nicht einmal angefangen hat. Oder aber Deutschland bezahlt in Waren, und dann erfolgt die Ueberschwemmung des Weltmarktes, und in diesem Falle zu allererst des französischen Marktes, mit deutschen Waren ganz unmittelbar. Deutschland verkauft dann seine Waren bis zum Betrage der Wiedergutmachungsrate überhaupt nicht mehr, sondern es verschenkt sie sozusagen. Wie die französische Wirtschaft, der doch geholfen werden soll, das aushalten wird, ist mindestens eine ebenso interessante Frage wie die andere, wie Deutschland imstande sein soll, Milliardenströme von Produkten in das Ausland zu leiten, ohne die Kosten der Rohstoffe und die Arbeitslöhne ersetzt zu erhalten.

Die fünf Probejahre werden fünf Jahre des wirtschaftlichen Experimentierens werden. Schon darum, weil kein Mensch voraussagen kann, wie das Experiment ausfallen wird, soll man es nicht gleich zu heftig machen. Wahrscheinlich wird sich ja doch herausstellen, daß der Ententismus die natürlichen Gesetze der Wirtschaft ebensowenig auf den Kopf zu stellen imstande ist, wie der Bolschewismus.

Die Sozialisierung des Baugewerbes.

(Eine Werkheft zur Förderung der Sozialisierung.)

Unter dem Titel „Die Sozialisierung des Baugewerbes“ hat der Deutsche Bauarbeiterverband seinen 72. Jahrestag, von H. Ellinger verfaßte Werkheft zur Förderung der Sozialisierung herausgegeben. Die Schrift umfaßt das ganze Gebiet der baugewerblichen Sozialisierung, nämlich

1. die Sozialisierung des Wohnungswesens,
2. die Sozialisierung der Baustoffbetriebe,
3. die Sozialisierung der Baubetriebe.

In einer Einleitung über die Bedeutung der Sozialisierung im allgemeinen wird darauf hingewiesen, daß zum Wiederaufbau unserer zerstörten Volkswirtschaft Vorkaufsstellen errichtet werden müssen, die einerseits alle Volkswirtschaften und alle vorhandenen wirtschaftlichen Kräfte in den Dienst des Wiederaufbaues stellen und die andererseits die höchste Steigerung der Arbeitseffektivität gewährleisten. Eine solche Vorkaufsstelle könnte die heutige kapitalistische Vorkaufsstelle nicht sein, weil sie dem Schaffenden keine Gewähr bietet, daß die von ihnen geschaffenen Werte vom Staat oder verwandelt werden. Die Arbeiter haben es auf ihre Arbeitskraft zum Nutzen privater Kapitalisten angewandt.

In dem ersten Kapitel wird an den Verhältnissen im Baugewerbe der Länder des kapitalistischen Weltmarktesystems gezeigt. In Deutschland sind im Durchschnitt nur ordnungsmäßige Unterbringung unserer Bevölkerung rund 1 Millionen Wohnungen fehlen. Trotzdem handelte es sich um Arbeitskräfte — darunter viele jetzt aus der Bauarbeit aller Art — vorhanden und trotzdem es heute an Baustoffen nicht mehr fehlt, sondern Baustoffbetriebe infolge mangelnden Absatzes stillgelegt und die Arbeiter entlassen werden müssen, wird doch nicht gebaut. Warum? Weil auf privatrechtlicher Grundlage nicht mehr gebaut werden kann, weil sich das Bauen auf privatrechtlicher Grundlage nicht mehr rentiert. Möglich wäre das Bauen auf sozialwirtschaftlicher Grundlage erst dann wieder, wenn die Mietzinsbegrenzung aufgehoben und das freie Spiel der Kräfte auf dem Gebiete des Bau- und Wohnungswesens wieder eingesetzt würde. Bei andern Worten: wenn die Mieten so hoch gedrückt werden könnten, daß sich das in den Wohnungsbau hineinzufließende Anlagekapital wieder angemessen verzinst. Da die Baukosten heute infolge des kapitalistischen Wunders etwa 12 bis 15 mal so hoch sind wie vor dem Kriege, so müßten die Mieten etwa in dem gleichen Maße steigen. Eine solche Mietsteigerung ist heute der Bau von Wohnungen auf privatrechtlicher Grundlage nicht möglich. Was aber der einzelne Bauunternehmer nicht kann, das kann die Allgemeinheit, indem sie die Gehaltskraft der vorhandenen Wohnungen gemeinsam bewirtschaftet — am besten durch — auch gemeinsam behält und ihre Erträge zum Bau billiger neuer Wohnungen verwendet. Nur durch die Gemeinwirtschaft im Wohnungswesen läßt sich die heutige Wohnungswirtschaft ohne die Arbeiterbetriebe des freien Spiels der Kräfte und ohne die schmerzliche Ausbeutung der Mieter überwinden.

Als unbedingt notwendig weist die Schrift die Sozialisierung der Baustoffbetriebe und der Baubetriebe nach. Wenn heute das Bauen so außerordentlich teuer ist, so sind daran nicht die hohen Löhne der Bauarbeiter, sondern vor allem der zugeflossene Bauunternehmer und das Gewinnstreben der privaten Bauunternehmer schuld. Das geht schon daraus hervor, daß die Löhne der Bauarbeiter gegenüber der Wertsteigerung durchschnittlich nur um das 7- bis 8-fache, die Baukosten aber um das 12- bis 15-fache gestiegen sind. Die Schrift weist nach, daß die Abnahme der Baukosten in den letzten Jahren zum Teil angeborene Gewinne eingeholt haben. Die Betriebsüberschüsse belaufen sich von Zeit zu Zeit auf Hunderte von Millionen. Die Dividenden belaufen sich — nachdem man den sogenannten „Reingewinn“ durch Abschreibungen, Vorkaufsstellen usw. so viel wie möglich vermindert hat — in zahlreichen Fällen 10, 15, 20 und mehr Prozent. Angehörig solcher Gewinne, sagt die Schrift, ist es kein Wunder, daß die Baustoffe unerschwinglich sind, und daß die Bauen infolge der hohen Kosten heute nahezu unmöglich ist. Das durch eine gemeinwirtschaftliche Regelung der Baustoffbetriebe gewaltige Entkommen gelpart werden können, weist die Schrift ebenfalls nach.

Ebenso wie der Arbeiter mit Baustoffen, trägt auch die Verteuerung der Bauausführung durch die privatkapitalistischen Bauunternehmer zu den heutigen hohen Baukosten bei. Die Schrift des Bauarbeiterverbandes weist nach, daß die Bauunternehmer schon bei gewöhnlichen Tagelohnarbeiten, bei denen sie nicht das geringste Risiko haben, Schäden zum fortwährenden Schaden von durchschnittlich 50 Prozent, in zahlreichen Fällen sogar 70, 80 und mehr Prozent verlangen. Außerdem verlangen sie nach Zuschläge von 15 bis 35 Prozent auf die von ihnen gelieferten Baustoffe, je nach Zuschläge für die Nichtlieferung von Baustoffen usw.

Unter diesen Umständen ist es kein Wunder, daß die von den Bauarbeitern ins Leben gerufenen sozialen Baubetriebe die Bauarbeiten wesentlich billiger ausführen können, als die privaten Unternehmer, zumal da die Arbeiter in diesen Betrieben mit ganz anderer Lust und Liebe arbeiten, als bei privaten Unternehmern. Die Schrift führt eine Fülle von Beispielen für die Verbilligung der Bauausführung durch soziale Baubetriebe an. Nicht selten kommt es vor, daß dort, wo die sozialen Baubetriebe mit den Privatunternehmern zum ersten Male in Wettbewerb treten, die Arbeiter der sozialen Betriebe, sobald freilich die Unternehmer merken, welche Konkurrenz ihnen in den sozialen Betrieben erwachsen ist, gehen auch sie mit ihren Preisen herab, zum Teil soweit, daß selbst die sozialen Baubetriebe kaum noch mitkonkurrieren können, weil es ihnen häufig an leistungsfähigen Maschinen und anderen Betriebsmitteln fehlt.

Die Schrift verlangt auf Grund dieser Tatsachen die weitestgehende Förderung der Sozialisierung durch Reich, Länder

und Gemeinden, aber auch durch gemeinnützige Siedlungs-gesellschaften, Baugenossenschaften usw., die heute alle nur mit öffentlichen Mitteln bauen können.

Der Vorstand des Deutschen Bauarbeiterverbandes hat recht: Nicht nur die Bauarbeiter, sondern das ganze nicht-kapitalistische deutsche Volk, das heute in schlechten und zum großen Teile überfüllten Wohnungen haust oder überhaupt keine Wohnungen bekommen kann, das außerdem die Mittel zur Gewährung der Baukostenzuschüsse aufbringen und den kapitalistischen Wucher in Gestalt hoher Mieten zahlen muß, hat das dringendste Interesse an der Sozialisierung des Baugewerbes. Es kann verlangen, daß alle verantwortlichen Körperschaften in Deutschland durch die Förderung der Sozialisierung zur Verbilligung des Wohnungswesens, zur Steigerung der Bauaktivität und damit zur Wiederaufnahme unserer Volkswirtschaft beitragen.

Den deutschen Bauarbeitern aber gebührt der Dank unseres Volkes, daß sie nicht warten, bis ihnen durch Gesetzgebungsakte die Sozialisierung „von oben“ in den Schoß fällt, sondern den Auswüchsen des Kapitalismus und diesem selbst zu Leibe gehen, indem sie aus eigener Kraft soziale Baubetriebe einrichten.

Die deutschen Bauwerkstätten verlangen die sofortige Sozialisierung des Kohlenbergbaues.

Perlin, 21. Jan. Der Ausschuss des „Allgemeinen deutschen Bauwerkstättenbundes“ nahm gestern zur Frage der Sozialisierung der Kohlenwirtschaft Stellung und forderte in einer einstimmig angenommenen Entschließung die sofortige Sozialisierung des Kohlenbergbaues. Die bisherige Behandlung der Sozialisierungsfrage durch die Reichsregierung wird in der Entschließung einer scharfen Kritik unterzogen. Besonders erklären die Bauwerkstättenverbände, daß kein Gutachten des Reichswirtschaftsrats die Reichsregierung von der Erfüllung ihrer gegenüber der Arbeiterklasse eingegangenen Verpflichtungen entbinden kann. Die Sozialisierung der Kohlenwirtschaft wird unter folgenden Bedingungen gefordert: Alle Erdschätze gehören der Nation. Die Ausbeutung wird gemeinwirtschaftlich organisiert. Das Eigentum an Bergwerken wird gegen Entschädigung der Besitzer auf einen Gemeinwirtschaftsverband übertragen. Die Kohlenbewirtschaftung wird für das ganze Reich einheitlich geregelt. Die Lohn- und Gehaltsregelung soll auf Grund von Reichstarifverträgen mit den Gewerkschaften vereinbart werden. Den Arbeitern und Angestellten ist ein Mitbestimmungsrecht in der Wirtschaftsführung zu sichern. Die Preisregelung soll unter Berücksichtigung der Verbraucherinteressen erfolgen. Abgelehnt wird jede Lösung, die das Eigentumsrecht an den Kohlenbergwerken unantastbar erweitert oder zersplittert. Die Gewerkschaften sind entschlossen, die Durchführung dieses Programms in der nachhaltigsten Weise zu unterstützen, und erwarten, daß die Reichsregierung es nicht zu folgen schweren Konflikten kommen läßt. Eine einstimmig angenommene Erklärung wendet sich gegen eine eventuelle Auflösung der Sozialisierungskommission, wie sie vom Reichswirtschaftsminister im Reichstag wiederholt erörtert worden sei. Die Gewerkschaften sind gewillt, eine solche Verlegung des Abkommens vom März 1920 mit aller Entschiedenheit abzuwehren.

Nach einer Mitteilung der „Freiheit“ steht auch die IFA (Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände) auf dem Boden dieser Beschlüsse.

Die ungeklärte oberschlesische Grenze.

W. T. A. Katowitz, 17. Jan. Der Massenübertritt von Polen über die Grenze dauert nach wie vor an. Vor einigen Tagen zog eine polnische Kavallerie-Kolonne bei Przekle über die Grenze nach Osten, wo ein polnisches Bataillon stationiert. Fälle oder irgendwelche Grenzverletzungen zum Übertritt der Grenze belägen die Polen nicht.

W. T. A. Katowitz, 16. Jan. Welchen Umfang das Bandenwesen in Oberschlesien angenommen hat, geht aus einer Mitteilung der interalliierten Kommission hervor, wonach in der letzten Woche im Kreise Katowitz noch weniger als 500 Verhaftungen vorgenommen worden sind.

Wie der Katowitzer Berichterstatter der „Freiheit“ seinen Mittele meldet, hat die interalliierte Kommission noch nichts getan, um die oberschlesische Grenze zu sichern. Er habe sich kürzlich persönlich davon überzeugt, daß sich die Grenze in einem fast unbewachten Zustande befindet, obwohl in Myslowitz ein ganzes Bataillon interalliiert Truppen steht.

Katowitz, 20. Jan. Am Mittwoch wurde durch die Abstimmpolizei im Dorfe Mahalschau bei einem polnischen Militär des polnischen Ausschusses ein Waffenlager entdeckt. Beschlagnahmt wurden 176 Gewehre, mehrere Kisten mit Geschmmunition und Handgranaten im Gewicht von über vier Zentner.

Bewilligung der deutschen Beamtenforderungen im Reichsrat.

Berlin, 19. Jan. In der heutigen Sitzung des Reichsrats wurde der Gesetzentwurf betreffend eine weitere vorläufige Regelung des Reichshaushalts für das Rechnungsjahr 1920, wonach infolge der Neubestimmungen für die Beamten die Mehraufwendungen für das Reich auf 3,2 Milliarden belaufen, angenommen.

Nach Tirol wünscht den Anschluß an Deutschland.

Innsbruck, 19. Jan. In der heutigen Landtagsitzung wurde der großdeutsche Dringlichkeitsantrag betreffend die Übernahme einer Abstammung über die Frage des Anschlusses an Deutschland verhandelt. Nachdem Bürgermeister Greil den Antrag eingehend begründet hatte, erklärte Landeshauptmann-Stellvertreter Stumpf namens der Tiroler Volkspartei, für den Antrag zu stimmen. Der sozialdemokratische Abgeordnete Kapoldi jagte, daß seine Partei wohl für die Abstammung, für deren zeitliche Durchführung und für den Anschluß an Deutschland ist, jedoch gegen eine geordnete Abstammung in Tirol. Er stellte einen diesbezüglichen Änderungsantrag.

Wien, 19. Jan. In der heutigen Massenversammlung der Technischen Union wurde die Erwartung ausgesprochen, daß die Regierung in der Frage des Preisabbaues ernst machen werde. Mehrere Redner traten für Anschluß an Deutschland ein und wandten sich heftig gegen die Schleichhändler und Schieber. In der Frage des Dienstrechts für die Post- und Telegraphenangestellten wurde die Regierung aufgefordert, ein einheitliches Dienstrecht bis zum 25. Januar vorzulegen.

Antrag auf Aufhebung der Zulassung der deutschen Sprache in der Posener Stadtverordnetenversammlung.

P. P. A. Posen, 17. Jan. In der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung stellte der Stadtverordnete Klinker, zum Antrag, wonach er den Magistrat auftrug, dem Polizeikommissar den Bescheid zu unterbreiten, die Vertagung des Beschlusses über die Zulassung der deutschen Sprache bei den Verhandlungen der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Posen aufzuheben. Man kennt demnach auch die letzten freiwilligen Antragssteller an die deutsche Minderheit zurückgehen zu wollen.

Slowakische „Versammlungsfreiheit.“

Prag, 19. Jan. Nach Blättermeldungen aus Rosenberk wurde der Kongress der Kommunisten der Slowakei bei der Verhandlung über die Frage des Anschlusses an die dritte Internationale durch Gendarmerie gesprengt. Einige Delegierte, darunter zwei Parlamentarier, wurden verhaftet.

Krafft über die englisch-russischen Verhandlungen.

Kopenhagen, 19. Jan. Nach einem Telegramm aus Stockholm hat Krafft sich gegenüber dem kommunistischen „Folks Dagblad“ über die englisch-russischen Verhandlungen geäußert. Er sagte, diese hätten in der letzten Zeit sehr gute Ergebnisse gehabt, und in mehreren Punkten sei man zu einer Verständigung gekommen. Man sei aber trotzdem noch sehr weit entfernt von der Lösung der drei großen Streitfragen, nämlich dem Aufhören der bolschewistischen Propaganda, den Goldpreisen und der Unverletzlichkeit des Landes und der Waren, die nur zu Handelszwecken nach England gehen. Es sei klar, daß ein Handel nicht zustande kommen könne, solange diese Fragen nicht gelöst seien. Die Sachlage sei zurzeit die, daß die britische Regierung, nachdem sie die von uns gewünschten Bestimmungen abgelehnt hat, es übernommen hat, eine andere Methode zu finden, um über die Meinungsverschiedenheit hinweg zu kommen.

Rabiate Kommunisten auf dem italienischen Sozialistenkongress.

Livorno, 18. Jan. Die Vormittagsitzung des Sozialistenkongresses wurde vielfach durch den heftigen Meinungsaustrausch zwischen Kommunisten und einem Vertreter des Gewerkschaftsverbandes gestört, die sich gegenseitig beschimpften. In der Nachmittagsitzung nahm der Kongress eine Entschließung zugunsten der ungarischen Kommunisten an, deren Auslieferung von der ungarischen Regierung gefordert wird. Darauf nahm Bacirca heftig gegen diejenigen Stellung, die die Anwendung von Gewalt predigen, und wies darauf hin, daß die Staatsorgane noch sehr stark seien. Er erklärte, daß die sozialistischen Gewalttaten auf die Partei selbst zurückzuführen seien. Seine Ausführungen riefen so lebhaften Widerspruch bei seinen Gegnern hervor, daß er seine Rede unterbrechen mußte. Es kam zu einem wilden Lärm. Stellenweise wurde man handgemein. Der Anhänger der dritten Internationale Bombacci zog einen Revolver und zielte auf Bacirca. Andere Kongreßteilnehmer warfen sich auf Bombacci und drängten ihn aus dem Saal. Nachdem sich der Lärm etwas gelegt hatte, gelang es Bacirca, weiter zu sprechen. Doch wurde er noch fortgesetzt unterbrochen.

Rom, 17. Jan. Zu der sozialistischen Parteitagung schreibt „Giornale d'Italia“: In Livorno wird eine der gewöhnlichen Formeln angenommen werden, die mit groben Worten sich gegen die Bourgeoisie und das heutige Regime aussprechen wird; in der Tat aber wird der Bolschewismus vollständig verurteilt werden, denn die große Mehrheit ist offenbar gegen diejenigen, welche blind den Moskauer Befehlen folgen und Italien in ein Abenteuer russischer Art stürzen möchten.

Die Krise der russischen Gewerkschaftsbewegung.

L. G. Zwei der hervorragendsten russischen Gewerkschaftler, die Leiter der Organisations- und Tarifabteilung des Russischen Zentralgewerkschaftsrates Kossier und Holmann, sind infolge ihrer Differenzen mit der Majorität des Gewerkschaftsrates von ihren Posten zurückgetreten. Sie sind Anhänger des von Trotski vertretenen Standpunktes, wonach die Gewerkschaften im proletarischen Staate lediglich die Rolle von Organen und Schulen der Produktion spielen, ihre Selbständigkeit aufgeben und mit den entsprechenden Staatsorganen eng verwachsen müssen. Wie der U-Gesetz bereit, auf Grund eines Moskauer Funktionärs gemeldet hat, haben Sinowjew und Lenin gegen Trotski verschiedene Stellung genommen und den Standpunkt vertreten, daß die Gewerkschaften in der gegenwärtigen Übergangsperiode, wo der Staat kein rein proletarischer, sondern noch ein Arbeiter- und Bauernstaat sei, ihre Unabhängigkeit dem Staate gegenüber wahren müssen, um die Interessen des Proletariats verteidigen zu können. Lenin hatte dabei Trotski allerdings zugegeben, daß diese Aufgabe die Gewerkschaften an der Produktionsförderung hindern könne. Aus dem Moskauer Funkdruck war noch nicht, wie aus dem nunmehr vorliegenden ausführlichen Bericht der „Freiheit“ zu erhellen, daß der Streit der drei Sozialisten in scharfe Formen angenommen und gegenseitige Beschuldigungen der Weltfremdheit und Verleumdung der marxistischen Theorie enthalten hat. Lenin behauptet, daß Trotski als einen großen politischen Fehler und als eine Taktlosigkeit. Aus Sinowjews Worten geht hervor, daß in dieser Frage auch die Meinungen des Zentralgewerkschaftsrates der Kommunistischen Partei geteilt sind. Die gegenseitigen Beschuldigungen dürften unsere Erwartungen für beide Teile treffen. Die Auffassungen sowohl Trotski als auch Lenins über die Aufgaben der Gewerkschaften und ihre Bedeutung für die Förderung der Produktion zeigen jedenfalls von einer wirklich tiefen Beurteilung der Wirtschaftsentwicklung (F. Red.)

Danziger Nachrichten.

Die Lehren des Buchdruckerstreikes.

Aus Beamtenskreisen geht uns nachstehende Zuschrift zu. Diese wurde zuerst der „Danziger Zeitung“ zum Abdruck angeboten, weil, wie der Einsender anmahnt, diese Zeitung am ersten für die Vertretung der Beamten-Interessen in Frage käme. Die „D. Z.“ hat bis heute diese Zuschrift nicht gebracht, kann sie auch nicht bringen, weil sie sonst in Konflikt mit ihren Blockdrückern, den Teufftschönwaldern kommen würde. Wir veröffentlichten diese Zuschrift um so lieber, weil sie sich vollständig mit unsern Anschauungen deckt, ein Beweis dafür, daß sich die Anschauungen der Beamten und Arbeiter immer mehr nähern. Die Zuschrift lautet:

Sehr geehrte Schriftleitung!

Gestatten Sie mir, zu diesem Thema einige Ausführungen in Ihrem geschätzten Blatt zu veröffentlichen.

Zu dem Streit, ob dieser Streik angebracht war oder nicht, möchte ich dahin gestellt sein lassen und mich nicht darin hineinmischen. Tatsache ist es aber jedenfalls, daß die Preisbildung in Danzig von einigen Ausnahmen abgesehen, sich ständig aufsteigend bewegt. Tiefem aber abzuweichen, sollte demnach erste Aufgabe der zuständigen Behörden sein. Taten glaube ich, hat es bisher nicht getan. Man soll nicht, wie es bisher geschehen ist, darauf hinwirken, daß die Verhältnisse in anderen Ländern, z. B. Deutschland, noch schlimmer sind, sondern darauf hinarbeiten, daß es im Freistaat besser wird als dort und so als Muster dienen. Der Freistaat kann und braucht sich nicht Mutter zu nehmen an anderen größeren Staaten. Er hat auch meiner Ansicht nach, die Macht dazu, daß wenigstens die hier produzierten Lebensmittel und dergleichen der breiten Masse billiger geliefert werden können, als es bisher geschehen ist. Namentlich die Landwirtschaft — mit deren Verhältnissen ich glaube sehr vertraut zu sein — hat im Krieg und auch jetzt noch derartig gute Geschäfte gemacht, daß wohl jeder Landwirt fast schuldenfrei dasteht. Die meisten von ihnen haben, wie wohl allgemein bekannt sein dürfte, großes Vermögen erworben. Man prüfe nur die Grundstücke der Grundbesitzer der Landwirte und forsche bei noch eingetragenen Hypothekengläubigern nach, ob diese Hypotheken tatsächlich noch bestehen. Ich möchte 100 gegen 1 wetten, daß sich dabei herausstellen wird, daß fast alle Grundstücke schuldenfrei dastehen. Und wie sieht es dagegen bei den Kopf- und Hausarbeitern aus? Ich glaube, es ist überflüssig bezuweisen zu müssen, um darüber auch nur ein Wort verlieren zu müssen. Die Landwirtschaft ist meiner Ansicht nach in der Lage, ihre Produkte billiger zu liefern. Sie müßte es auch als ihre Ehrenpflicht betrachten, ihre Produkte der breiten Masse billiger zu liefern, um die Allgemeinheit endlich aus dem Elend herauszubringen. Früher wird ein Abbau der Gehälter und Löhne nicht möglich sein. Ist es z. B. im entferntesten auch nur gerechtfertigt, daß das Obst, bei welchem die Produktionskosten gegen früher kaum gestiegen sein können, zu derartig hohen Preisen, wie es geschehen ist, abgesetzt wird? Hat nicht auch der Freistaat letzten Endes Interesse daran, zu verhindern, daß die Geldentwertung abnimmt? Die zuständigen Behörden sollten daher mit aller Macht darauf hinarbeiten, daß endlich ein Abbau der Preise stattfindet. Sie haben in unserm kleinen Staatsgebilde dazu auch, wie gesagt, die Macht.

Also, Ihr zuständigen Behörden, sorgt für den Preisabbau, sonst haben wir hier weitere Lohnkämpfe bei allen Arbeitnehmerskreisen in Kürze zu erwarten. Das kann aber dem Freistaate durchaus nicht dienlich sein, sondern könnte vielleicht sogar seine Existenz in Frage stellen. Ein Angehöriger.

Preisverhältnis der landwirtschaftlichen Produkte.

Das Preisverhältnis der landwirtschaftlichen Erzeugnisse zu einander muß ein richtiges sein, um zu ruhigen gleichen Marktverhältnissen zu kommen. In der Verbraucherkammer wurde zur

Sprache gebracht, daß die Preisverhältnisse diesen Verhältnissen entsprechen und daß sich daraus Mängel ergeben. Der Höchstpreis für Rindfleisch und Kalbfleisch ist auf 14 Mark im Kleinhandel festgesetzt, was verhältnismäßig zu hoch ist, da das Pfund Butter nur 13 Mark kostet. Infolgedessen wird die Butter zurückgehalten, oder sie wird im Kleinhandel vertrieben. Es wurde weiter darüber Klage geführt, daß der Schleichhandel mit Butter ein übermäßiger sei. Der Butter wird in den Häusern angeboten und ist in reichlichen Mengen vorhanden. Der Preis für diese Butter wird allerdings sehr hoch gestellt, er beträgt 20 bis 25 Mark das Pfund. Angeblich soll dies Auslandsbutter sein. Man verlangte, daß diese Auslandsbutter, die über die Grenze geschmuggelt wird, dann wenigstens zum Höchstpreise abgegeben wird.

Die Verfassungsänderungen abgelehnt. Wie erwähnt, hatte der Völkerbund in einem Manifest dem freien Städt aufgegeben, die von ihm vorgeschlagenen Verfassungsänderungen in einigen Punkten genauer nach dem Wortlaut des Völkerbundbeschlusses vom 17. November zu formulieren. Der Verfassungsausschuß hat sich vorgestern vormittag eingehend mit der Materie beschäftigt und ist nach genauer Prüfung der Einzelheiten zu dem Schluß gekommen, daß materiel in den bisher gefaßten Beschlüssen des Volksrates bereits alles ausgedrückt ist, was der Völkerbund unter dem 17. November gefordert hat, so daß demgemäß kein Grund zu einer Änderung bestehen dürfte. Beschluß in diesem Sinne wurde niedergelegt.

Streik der Elektromonteuere. Der Streik der Elektromonteuere dauert bereits 2 Wochen und ist noch kein Ende abzusehen. Mit allen möglichen Mitteln versuchen die Unternehmer, Streikarbeit zu verrichten. Die Beschäftigten werden des Abends auf die Bauten geschickt, um dort Leitungen zu verlegen. Am Tage ist der richtige Mut wohl nicht aufzubringen. Auch anderer Mittel bedienen sie sich. So wird die Arbeit von einem Unternehmer zum andern verlagert, die dann die Arbeiten auf eigene Gefahr ausführen, auch wenn sie keine städtische Konzession haben. Wir möchten das Augenmerk der Schulaufsichtsbehörden auf die durch die erwähnten Praktiken entziehenden Schulbesuchungen lenken. Die Bauarbeiter möchten wir bitten, ihre Solidarität mit den streikenden Elektromonteuern praktisch Ausdruck zu geben, indem sie die Bauten überwachen. Auch für das städt. Elektrizitätswerk dürfte kein Zweifel bestehen, daß solche Hausanschlüsse, die von nicht lizenzierten Firmen hergestellt werden, nicht angeschlossen werden dürfen. Jeder arbeitende Elektromonteur, Helfer, Hilfsarbeiter, überhaupt jedermann, der im elektrischen Gewerbe arbeitet, muß eine Ausweis Karte der Streikleitung vorweisen. Wer solche nicht besitzt, ist Streikbrecher. Unsere Leiter werden den kämpfenden Elektromonteuern volle Solidarität bewahren.

Verammlung der Heilmachefrauen. Die Heilmachefrauen Danzig werden vom Zentralverband der Hausangestellten zu einer Versammlung am 23. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, in der Petrischule zusammenberufen, um über ihre Lohnverhältnisse zu beraten. Das war auch notwendig, daß sich der Hausangestelltenverband einmal für diese Arbeiterinnen interessiert. Jeder organisierte Arbeiter sollte die Frauen auf diese Versammlung aufmerksam machen, sie vor allen Dingen der Organisation zuführen. Wiebelschulne Allee 8, Zimmer 21, befindet sich das Bureau des Verbandes.

Zu Unrecht bezogene Erwerbslosenunterstützung. Der Schuhmacher Paul Siedlitz, hierfeldst, suchte durch Vorlage einer von ihm gefälschten ärztlichen Bescheinigung sich in den Genuss der Erwerbslosenunterstützung zu setzen. Die Fälschung wurde jedoch rechtzeitig erkannt, und Siedlitz am 9. November 20 vom hiesigen Landgericht wegen schwerer Urkundenfälschung in Lateinheit mit verurteilt Beträge zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. — Der Arbeiter A. L. Buragrasstraße 6 a, hat vom 27. Oktober 1919 bis 19. Februar 20 Erwerbslosenunterstützung bezogen. Er hat bei Stellung des Antrages auf Erwerbslosenunterstützung ver-

schworen, daß er und seine Frau einen eintäglichen Handel mit gestohlenem Gut aller Art treiben, und daß sie außerdem noch ein Vermögen von etwa 5-6000 Mark besitzen, wobei der Betrag erzwungen wurde, daß eine Bedrückung im Sinne einer Zahlung der Erwerbslosenunterstützung vorliege. Das Amtsgericht hat dem A. L. dieserhalb wegen Betruges mit 1 Monat Gefängnis bestraft.

Die Preise von Wohnungsbeihilfen. Lange Zeit schwanken die Preise für Möbel fast täglich weiter in die Höhe. Die Hochkonjunktur in der Möbelindustrie ließ immer neue Betriebe aufstehen. Des Unternehmertums fehlen kein Ende. Schließlich stiegen die Preise so hoch, daß sie nur von wenigen noch bezahlt werden konnten. Zunächst trat stagnation ein. Die Käufer schlossen sich Geldsammlern stellen sich ein. Die Preise gingen zurück. Die Angst vor noch weiterem Zurückgehen drängte weiter zum Verkauf. Heute sind die Preise auf etwa die Hälfte zurückgegangen. Dennoch sind sie immer noch so wahrhaftig hoch, daß weiland die meisten der Geschließenden gar nicht daran denken können, sich eine Wohnungseinrichtung im eigentlichen Sinne des Wortes beschaffen zu können. Im „Berliner Tageblatt“ z. B. wert stellen für eine einfache Schlafzimmereinrichtung auf 12 000 Mark. Die für ein Wohnzimmer mit einiger Dekoration auf 30 000 Mark berechnet. Der Artikelschreiber des „Berliner Tageblatt“ kommt zu dem Schluß, daß eine halbwegs anständige Ausstattung ein Vermögen von 75 000 Mark verschlingt und daß, wenn noch ein klein wenig Behaglichkeit mit Klaviermusik dazukommen soll, man mit rund 100 000 Mark rechnen müsse. Danach mag man ermessen, wie wenige Leute sich eine halbwegs anständige Wohnungseinrichtung auch selbst unter Verzicht auf Behaglichkeit und Klaviermusik leisten können. Trotzdem können die bürgerlichen Klassen zeter und mordio, wenn die Arbeiter „unanständig“ werden, indem sie anständigen Lohn fordern.

Die Entwässerungsmühle in Brunau niedergebrannt. In Brunau ist die große Dampf-Entwässerungsmühle der dortigen Entwässerungsgenossenschaft (Entwässerungsvorsteher Gosbesper Johannes Glöckle) niedergebrannt. Die Maschinen und Axtel sowie ein Teil der als Wintervorrat eingeschafften Steinkohlen sind vernichtet. Wodurch das Feuer entstanden ist, konnte nicht festgestellt werden. Der Wassermüller will, als er sich morgens zur brennenden Mühle begab, zwei Männer gesehen haben, wie sie von der Brandstelle fortliefen. Die Mühle war in der Allgemeinen Mühlenversicherung versichert. Da die Entschädigungssumme aber bei weitem nicht ausreicht, um eine neue Entwässerungsmühle aufzubauen, will die Entwässerungsgenossenschaft Brunau sich mit den argangenden Ortsgenossen zu einem großen Entwässerungsverbande zusammenschließen und die Entwässerung durch ein gemeinsames Schöpfwerk bewerkstelligen. Zum Glück besitzt Brunau noch eine so genannte kleine Entwässerungsmühle, die vorläufig alles überflüssige Schnee- und Regenwasser ausmahlen und die Bänderlein vor Überschwemmung schützen muß.

Aus dem deutschen Osten.

Reichswehr und Kinderpest im Kreise Marienwerder. Wie die P. T. N. hören, wird am 20. Januar im Kreise Marienwerder eine Kompanie Reichswehr eingesetzt werden zur Unterstützung der Grenzpolizei, um die große Gefahr der Einschleppung der Kinderpest aus Polen zu bannen. Sonst befinden sich an der Grenze keine Reichswehrsoldaten, sondern nur Schutz- und Grenzpolizei. Die Reichswehr selbst steht in ihren liebeswürdigen Garnisonen.

Freystadt. Die Schutzpolizei entfaltet eine eifrige Jagd auf Schieber. Fast kein Tag vergeht, an welchem nicht Bahn- oder Postverbindungen mit Butter, Zucker, Mehl usw. angehalten werden. Infolge dieser Tätigkeit soll es schon vorkommen, daß besonders Butter zu mäßigen Hammerpreisen in der Stadt angeboten wird, während vorher davon nichts zu spüren war. — Für die „Kinder in Not-Sammlung“ wurden vom Vaterländischen Frauenverein über 3000 Mark gesammelt und an die Kreisamtsstelle abgeführt.

Stiefkinder des Glücks.

Roman von Maria Linden.

(Fortsetzung.)

Die ersten Weichen düsteten schon auf dem frühen Grabe des armen Edgar, als der Baroness einfiel, daß sie Verta noch immer nicht den letzten Gruß ihres Bruders eingehändigt hatte. Sie konnte das nur tun, wenn sie sich mit Verta unter vier Augen besah. Sie beabsichtigte, diese unter einem Vorwand in ihr Zimmer zu rufen und ihr dort den Brief zu übergeben. Mit langsamen Schritten und traurig gesenktem Kopfe näherte Engelberta sich der Türschwelle. Als sie die Tür öffnete, sah sie ihre Stiefmutter mit einem vor Zorn dunkelroten Gesicht vor Theresen stehen und hörte sie schneidend sagen:

„Du erbärmliches Geschöpf, du verkommene Dirne, wie kannst du es wagen, mein hochachtbares Haus durch deine Gegenwart zu entehren? Lohnst du mir so die Wohlthaten, mit denen ich dich überschüttet habe? Du bist ein Schweiß von Unanständigkeit und Verworfenheit. Du gehörst in ein Arbeitshaus und nicht in ein freiherrliches Schloß. Gehe mir aus den Augen und wage es nicht, je wieder meine Schwelle zu betreten.“

Verta war bei diesen grauenamen Worten leichenblau geworden, die Jungfer war so erschrocken, daß sie ihre strenge Gebieterin mit offenem Munde anstarrte, dem jungen Stubenmädchen ging die Härte der Baronin so nahe, daß es leise weinte, die ältere Kollegin sah trotzig und zornig aus. Theresen hatte sich hoch aufgerichtet. Sie sagte mit klarer, lauter Stimme, die nichts von ihrem Wof lange eingeblüht hatte:

„Frau Baronin, Sie sehen, daß ich Mutter bin, weiter blicken Sie nicht, Gott aber sieht mein Herz. Er wird mich freisprechen, wenn ich dereinst vor seinem Richterstuhl trete. Wenn die Töchter der Reichen und Vornehmen in meine Lage kommen, was häufig genug geschieht, dann sind sie zu verurteilen. Wer aber hat meine Kindheit, meine Jugend behütet? Wer gab mir daheim ein gutes Beispiel? Bei wem konnte ich Schutz suchen? Wenn mich ein Wächling hätte verderben wollen, wie ich noch ein junges Kind war, wer hätte mich vor seinen Nachstellungen gerettet? Es ist nicht Razi's Schuld, daß ich nicht sein Weib vor den Menschen bin. Vor unserem Herrgott bin ich. Ich bereue nichts, und werde es nie bereuen. Für mein Kind werde ich sorgen, es wird der Gemeinde nicht lästig fallen. Sie sprechen von Ihren Wohlthaten. Es wundert mich, daß Sie den traurigen Mut haben, das zu wagen,

denn durch Ihre Schuld bin ich Zeit meines Lebens ein Krüppel. Ein Tage des Gerichts wird Gott zwischen Ihnen und mir richten!“

Sie ging hochaufgerichtet aus dem Zimmer.

„Das ist doch höchst wunderbar, daß Ihr alle mit Blindheit geschlagen seid,“ wendete sich die Baronin in hellem Zorn an die Zurückbleibenden, „und daß es mir die Frau Konrad erst stundenlang, wie es um die liebevolle Dirne steht.“

„Halten zu Gnaden, Frau Baronin,“ sagte Verta, die vor Aufregung am ganzen Körper wie Eisenlaub zitterte, „die Theresen ist ein ehrenbraves Mädchen, sie hat sich nicht umhergetrieben, und der Razi hätte sie fürs Leben gern geheiratet, blüh es ging nicht.“

„Wenn Sie sich unterziehen, mir noch einmal Widerpart zu geben, sind wir geschiedene Leute!“ braute die Baronin auf. „Die Konrad wartet nur darauf, Ihre Arbeit zu bekommen.“

„Wenn die Frau Konrad darauf züngelt, trete ich herzlich gern zurück,“ versicherte Verta. „Ich habe mehr Arbeit, wie ich bewältigen kann.“

„Was erdreisten Sie sich?“ fragte die Baronin mit funkelnden Augen. „Das ist ja offene Rebellion!“

„Ich sage die Wahrheit, das ist mein ganzes Verbrechen!“ gab Verta furchtlos zurück.

„Mama, ich glaube, die Konrad hat dir die Sache anders geschilbert, wie sie sich zugetragen hat,“ suchte Engelberta zu vermitteln. „Razi hat alles ausgeboten, um die Heirat schließen zu können.“

„Wische dich nicht in Dinge, die dich nichts angehen,“ befahl die Baronin ihrer Stiefnichte zornig.

Verta sagte mit der größten Ruhe:

„Befehlen Frau Baronin, daß ich sofort gehe, oder soll ich die zum Heiraten arbeiten?“

„Aber Mama, wenn Verta jetzt die Arbeit niederlegt, wird dein Kind bis morgen nicht fertig,“ wendete Engelberta ein, die es nicht zu einem vollständigen Bruch kommen lassen wollte, „und du willst es doch bei dem Gartenfest der Gräfin Stallwerk tragen. Die Nähmaschine ist schon wieder kaputt, und zu den schnellsten Arbeiterinnen gehört die Konrad wirklich nicht.“

„Die Konrad arbeitet schon seit einer Woche in der Sägemühle,“ bemerkte die Jungfer, die mit Schrecken sah, daß Verta ihr Arbeitszeug zusammensuchte.

„Sie bleiben also!“ befahl die Baronin Verta, dann rief sie sie aus dem Nähzimmer, um aller weiteren Auseinandersetzungen zu entgehen. Als ihre Stiefmutter außer Hörweite war, sagte die Baroness:

„Vertel, Sie dürfen das meiner Mutter nicht so übel nehmen. Der doppelte Verlust hat sie so erregt, daß sie oft mehr sagt, wie sie verantworten kann. Sie meint es wirklich nicht so schlimm.“

„Kommen Sie morgen auf meine Verantwortung getroffen wieder.“

„Gnädigste Baroness, ich habe es aber bei Gott nicht nötig, daß ich es darauf ankommen lasse, daß mir die Frau Baronin morgen die Ehre weilt,“ wendete Verta ein. „Bei Putzmeister's liegt soviel Arbeit für mich, daß ich sie in vier Wochen nicht bewältigen kann, bei Fräulein's lauern sie seit einem Vierteljahr auf mich, und die Armerfrau hat auch Stoff zu zwei Kleidern liegen. Wo sich die Mutter bilden läßt, da quälen sie die Leute, ich soll zu ihnen kommen, gnädigste Baroness, können also nicht verlangen, daß ich mich dem aussehe, von der Frau Baronin fortgeschickt zu werden.“

Nun begannen aber die Mädchen Verta derartig mit Bitten zu bestürmen, daß sie endlich einwilligte zu bleiben. Sie begab sich in das Mädchenzimmer, um nach Theresen zu sehen. Diese hatte eben ihre wenigen Gabelfigkeiten in ein Bündel gepackt und war ungeschicklich, wohin sie sich wenden sollte. In Resultat Stübchen hatte kaum die Wiege, viel weniger aber ein zweites Bett Platz und bei ihrer Mutter erwartete sie die bitterste Armut, die schwersten Vorwürfe und die lieblichsten Wirkstoffe.

„Theresen!“, sagte Verta liebevoll, „es tut mir schrecklich leid um dich.“

„Es braucht dir nicht leid zu tun,“ entgegnete Theresen mit einem unbeschreiblich traurigen Lächeln, „ich hab mich nicht fortgeworfen. Ich hab meinem Razi bewiesen, daß ich ihn über alles liebe. Das kümmert es mich jetzt, wenn mich die Menschen mit Steinen werfen? Mein Kindel hat freilich keinen Vater, und das ist sehr traurig, aber wir zwei, ich und die Mutter, wir werden es schon weid und warm betten.“

„Meine Mutter sagt, wenn du aus dem Schloß gehst, sollst du zu uns kommen, und du sollst mit deinem Kindel bei uns bleiben, bis Ihr in Euer Häusel ziehen könnt.“

„Das will deine gute Mutter für uns tun?“ fragte Theresen, der vor Rührung die Tränen in die Augen traten. „Aber dadurch wird sie sich mit der Baronin verfeinden.“

„Darauf kuckst meine Mutter,“ versetzte Verta trocken. „Wir hängen ja zum Glück nicht von ihr ab. Es trifft sich gut, daß die Mutter heute daheim ist. Gehe fröhlich hin, aber lasse deine Sachen hier. Die bringe ich dir heute abend mit.“

„Vertel, es ist ja aber doch sechs Wochen Zeit,“ sagte Theresen ängstlich. „Ich kann Euch doch nicht so lange auf der Tasche liegen und faulenzeln.“ (Fortsetzung folgt.)

Aus den Gerichtssälen.

Mann ist die Einfuhr eines Wares... Der Arbeiter... (Text continues with details of a legal case involving a worker and a merchant.)

Vorverurteilung durch den Richter... (Text discusses a preliminary judgment by a judge regarding a case.)

Handelstempel und Krantendiebstahl... (Text reports on a case involving a trade stamp and a theft of a carriage.)

Zehn Verurteilungen... (Text lists ten convictions from a court session.)

Aus der Arbeiterbewegung.

Erster deutscher Arbeitersportkongress.

Der Kongress... (Text provides a detailed report on the first German workers' sports congress, including its goals and participants.)

Kunst und Wissen.

Früh Droops neues Drama: „Der Freispruch“.

Uraufführung am... (Text reviews the play 'Der Freispruch' by Früh Droops, discussing its themes and the performance.)

Mitteln wird gegen sie gearbeitet... (Text discusses the struggle against a group, likely related to the workers' movement or a specific political group.)

Kommunisten-Dorabo.

Das Dorf... (Text reports on a meeting or event involving communists in a village, mentioning a meeting with a woman.)

Am... (Text continues the report on the communist activities in the village.)

Kleine Nachrichten aus Polen.

Warschau... (Text contains several short news items from Poland, including reports on political events and social issues.)

Aus aller Welt.

Scharfe Kontrolle der Einreisenden in Sibien... (Text reports on strict border control measures in Siberia.)

Verbot polnischer Wallfahrten... (Text discusses a ban on Polish pilgrimages.)

Verbot des „Simplicissimus“... (Text reports on a ban on the magazine 'Simplicissimus').

Verbot der „Kattowitzer Zeitung“... (Text reports on a ban on the 'Kattowitzer Zeitung' newspaper.)

Verbot der „Kattowitzer Zeitung“... (Text continues the report on the newspaper ban.)

Die Dresdener Munitionskatastrophe... (Text provides a detailed account of a munition explosion in Dresden, including the scale of the disaster and the impact on the city.)

Sport und Körperpflege.

Freie Turnerschaft... (Text contains news items related to sports, gymnastics, and physical education.)

Ueber künstlerisches Schauen... (Text discusses the concept of artistic perception and the role of the artist.)

Ueber künstlerisches Schauen... (Text continues the discussion on artistic perception.)

„Mach keine Finkertischen!“

Die Finkertischen... (Text discusses the concept of 'Finkertischen' (spinning) and its metaphorical significance.)

Danziger Nachrichten.

Sturm.

Seit gestern Abend tobt auch in Danzig ein heftiger Sturm, der viele Verheerungen in Stadt und Land angerichtet hat. Abgerissene Schornsteine und Giebelteile, entwurzelte Bäume, gestörte Telephon- und Telegraphenleitungen bezeichnen den Weg. Von aufwärts und von See treffen heftigste Nordwestwinde ein. Auf der Nordsee herrschen schwere Nordweststürme, die ungeheuer und gewaltig toben, von Regen-, Hagel- und Schneeböen begleitet. Sie zwingen die auf den Gang ausgehenden Fischerdampfer, Schutz aufzusuchen. Fischer in See gebrachte Dampfer treiben auf den wildbewegten Wellen umher. Bei Dorkum wurde ein Amerikaner mit Maschinenschaden gestrichelt. Scherz ausgelegt hat der Sturm dem nach England fahrenden deutschen Schoner „Gella“. Der kleine Segler wurde von dem gewaltigen Sturm zeitweise überdeckt und in Gefahr des Sinkens gebracht. Als vier Tausend Wasser im Kessel stand und die Lage für Schiff und Mannschaft immer bedrohlicher wurde, sah sich der Kapitän bei Dorkum gezwungen, die Fahrt aufzugeben. Er lief in Richtung an und wurde von einem Hamburger Schlepper hierhergebracht.

Wegen Erhebung unterer Telephonleitungen können wir heute die Nachrichten aus dem Hofen und den Stand der Kurse nicht bringen. Wir kommen morgen darauf zurück.

Keine Verhütung aus Auslandsmehl. Es wird darauf hingewiesen, daß die Räderrollen nicht besetzt sind, Verhütung aus Auslandsmehl unter Ueberschreitung des Höchstpreises herzustellen. Zuwiderhandlungen werden nach den geltenden Bestimmungen bestraft.

Abgabe von Lebensmitteln. In der heutigen Nummer unserer Zeitung wird wiederum bekanntgegeben, welche Lebensmittel im Laufe der nächsten Woche zur Verfügung gelangen.

Erwerblosenunterstützung. In der Woche vom 10. bis 16. Jan. sind an Erwerblosenunterstützung in der Stadt Danzig gezahlt worden: 71 400,88 Mk. an 1921 männliche und 72 weibliche Personen, insgesamt 1095 Personen, gegen 74 559,80 Mk. an 1918 männliche und 87 weibliche Personen in der Vorwoche.

Erhöhung des Zolls und Passports in Deutschland. Das Reichskabinett hat die neue Gesetzesvorlage über die Erhöhung des Zolls und Passports bereits verabschiedet und die Vorlage geht nunmehr dem Reichsrat und sodann dem Reichstag zu. Die neuen Zollsätze dürften gegenüber den bisher geltenden um 50 bis 100 Prozent erhöht werden.

Reubennung von Poststellen. Die Postagentur in Einlage, Kreis Großer Werder, führt von jetzt ab die Bezeichnung „Einlage a. d. Hogat (Freie Stadt Danzig)“. Die Posthilfsstelle mit Telephonbetrieb Einlage - Bestellungsanstalt Schiewenhorst, Kr. Danziger Niederung - erhält die Bezeichnung „Einlage a. d. Weichsel“.

Als gekohlen angehalten sind eine Korbflasche mit Korn und eine Korbflasche mit Fruchtflüssigkeit (Pantoffelwein). Einzelne Eigentümer können sich auf der Kriminalpolizei melden.

Von einem Auto überfahren wurde gestern mittag an der Silberstraße der 12-jährige Sohn des Arbeiters Meier aus Schidlich beim Verlassen der von Schidlich kommenden Elektrischen von einem beim Verlassen der von Schidlich kommenden Elektrischen Straßenbahn. Diese Endstelle ist ganz besonders dadurch gefährlich, weil die Aussteigenseite der Straßenbahn nach dem Fahrdamm zu liegt. Die Straßenbahn muß dafür Sorge tragen, daß nach Anfuhr die Straßenseite der Wagen geschlossen wird und daß Publikum die Bürgersteigseite zum Aussteigen benutzen muß. Der Knabe hatte das mit großer Schnelligkeit herankommende Auto nicht bemerkt, wurde vom Auto erfasst und erlitt einen Unterkelbbruch. Der Fahrer des Autos fuhr rücksichtslos davon. Mehr als bisher muß darauf geachtet werden, daß das rasende Fahren der Autos innerhalb der Stadt beschränkt wird. Nach Anlegung eines Rotverbandes wurde der Knabe nach dem Städtischen Krankenhaus geschafft.

Kampf mit Schmugglern an der polnischen Grenze. Am Montag Abend kam es an der Trodenstraße, Kreis Danziger Höhe, zu einer Schießerei zwischen Schmugglern und Gendarmen. Von einem Grenzkontrollbeamten waren dort drei Brüder Meiermann zwei Räder beschlagnahmt worden, die ohne förmliche Kontrolle aus Polen eingeführt worden waren. Die über die Verhaftung erregten Schmuggler drohten, die bei einem Weiser untergestellten Tiere mit Gewalt zu holen. Um sich den nötigen

Mut zu verschaffen, tranken sie sich erst im Gasthaus einen Rausch an. Im betrunnenen Zustande begannen sie mit Schüssen gegen die Gendarmen zu werfen und die Einrichtung des Gasthauses zu zerstören. Der bedrängte Weiser schickte schließlich ins Dorf nach Hilfe. Die Tumultuanten gingen zuletzt wild gegen den Weiser vor, der durch Mefertische erheblich verletzt wurde. Endlich ergriffen die Gendarmen den Weiser, so daß die Schmuggler auch gegen die Mitglieder der Gendarmenwehr vorzugehen drohten, machten diese von ihren Schußwaffen Gebrauch. Die Räderfahrer ergriffen schließlich die Flucht über die nahe polnische Grenze.

Kredit für Wohnungsbauten. Der Hauptausfluß des Reichstages bewilligte gestern zur Förderung der Neubautätigkeit zur Gewährung von Reichsdarlehen zur Schaffung neuer Wohnungen und zur Fertigstellung angelegener Bauten 25 Millionen Mark, sowie 200 Millionen Mark für Vorarbeiten zur Errichtung von Bergmannswohnungen. Außerdem bewilligte er noch 20 Millionen Mark zum Bau von Wohnwohnungen für reichsdeutsche Flüchtlinge und 10 Millionen Mark zur Förderung der Herstellung geeigneter Kleinwohnungen für Arbeiter und Beamten, endlich 2,1 Mill. Mk. für Wohnungsbauten in Rügen, das verheerlich bei der letzten Bewilligung übergegangen war.

Polizeibericht vom 21. Januar 1921. Verhaftet: 14 Personen, darunter 4 wegen Diebstahls, 10 in Polizeihalt. — Gefundene: 2 Schlüssel am Ring, abgehoben aus dem Fundbureau des Polizei-Präsidenten, 2 Schlüssel am Ring, abgehoben von Herrn Uhrmachermeister Wenger, Föhrdagerstraße 16, 1 braune Jagdhündin ohne Halsband, abgehoben von Herrn Paul Polm, Pfefferstraße 13. — Verlorene: 1 Schm. Brieftasche mit 1180 Mark und Ausweis für Helene Holmann, 1 Ruwert mit circa 1100 Mark und einer Remontraturkarte, 1 Opiummuff, abzugeben im Fundbureau des Polizei-Präsidenten.

S. P. D. Parteinachrichten.

Vertrauensleute der S. P. D. von Odra.

Freitag, den 21. Januar 1921, abends 7 Uhr, findet beim Genossen Lagodni, Radaunstr. 24, eine Vertrauensmännerkonferenz statt. Tagesordnung wird dort bekannt gegeben. Vollzähliges und pünktliches Erscheinen erwartet der Vorstand.

Standesamt vom 21. Januar 1921.

Todesfälle: E. S. Steinigers Johannes Stanfowik, totg. — Frau Hedwig Riegel geb. Kleit, 36 J. 9 M. — Kaufmann August Dumke, 32 J. 11 M. — Frau Elisabeth Wolf geb. Schmidt, 38 J. 8 M. — Pferdehändler Lewin Fürst, 87 J. 2 M. — T. des Eisenbahn-Rangiermeisters Paul Maack, 11 Jg. — Rentiere Therese Wäran, 78 J. 7 M. — Frau Alara Schrittle, 25 J. 7 M. — Unschuldig: 1 Sohn.

Jugendsonne.

Ist es nicht doppelt gesagt: Jugendsonne? Ist Sonne nicht Jugend? Das ist wohl so! Doch die Jugend ist nicht immer sonnig! Das hat die arbeitende Jugend an eigener Weisheit erfahren. Doch sollen wir immer vom Vergangenen reden, wie die wir die Zukunft sind? Nein und niemals! Lacht uns von unserer Sonne sondern! Wenn nach grauen Wintertagen die Mutter Sonne ihr Antlitz uns wieder zeigt, oder wenn nach regnerischen Sonntagstagen sie ihre Strahlen wieder zur Erde schickt, so jubelt unser Herz voll Freude. Wist ihr noch, wenn sie sich gen Westen neigt, und wir voller Andacht dastanden, ein auch e feuriger Ball, kleiner werdend und schließlich ganz untern Wälden entschwand? Erinnert ihr euch noch, als wir in aller Frühe den Berg so oft erklimmen, um den Sonnenanfang zu beobachten? Es waren hohne Stunden, doch herrlich wird es erst sein, wenn zu dieser Mutter Sonne noch unsere Sonne leuchtet wird. Ihr fragt, wer unsere Sonne sei? Ja, muß ich es sagen? Köhlt ihr es nicht? Gemiß der Sozialismus ist es! Wie mähten Epigonen sein, wenn wir unsere Sonne für uns allein beanspruch n wollten, schaut auf das große Meer der denkenden Arbeiter. Ihre Sonne ist unsere Sonne, die Sonne der ganzen Menschheit sein! Doch leht schaut unsere Sonne noch nicht! Fast wird der Kampf um unsere Sonne noch entbrennen. Wir zagen nicht!

Wir schreien durch der Flammen Glut!
Wir schreiten im stürmenden Nebel!
Wir schreiten mit neuem Jugendmut!
Wir schreiten der Zukunft entgegen!

Neues vom Tage.

Die Markt 1881 wieder. Die Preise für auswärtige Zahlungsmittel an der Berliner Börse haben sich wieder erhöht. Man zahlte gestern für 1 Talar 64,43 gegen vorgestern 62,18 Mk., 100 holländische Gulden 2111,58 gegen 2087,95 Mark.

D. J. Panitz in einem Saal. Hans Rinder teigt. In einer Prellaer Saal sollte gestern vormittag eine Kinovorführung stattfinden, zu der Rinder der untersten Klassen aus einer Reihe von Beiträgen geladen waren. Der Andrang war gewaltig. Es entstand ein harter Drängen. Die Luft wurde so schlecht, daß einige Kinder ohnmächtig wurden. Die Eltern traten nicht nachgaben, sondern immer weiter vordrängen, konnten die Ohnmächtigen nicht an die Luft gebracht werden. Sie getreten unter die Füße der nach vorn drängenden Kinder und wurden hochhüftig getreten. Erst nach der allgemeinen Panik konnten die Kinder an die Luft gebracht werden. Im ganzen wurden 5 Tote und 20 Verletzte in die Krankenhäuser eingeliefert. Die Verletzte und die Feuerwehr hatten alle Hände voll zu tun, um der Rage Herr zu werden.

Ueberschwemmungen in Mexiko. Nach einer neueren Beobachtung aus Mexiko sind in Yucatan infolge von Ueberschwemmungen 100 Personen ertrunken, 200 verletzt. Etwa 1000 Personen sind obdachlos. Der Schaden ist sehr groß.

Großer Brand in Worcester. In Worcester (Massachusetts) richtete ein ungeheurer Brand im Geschäftszentrum einen auf über zwei Millionen Dollar gekosteten Schaden an.

D. J. Schwere Stürme in der Nordsee. Ein schwerer Sturm über das ganze Land, verursachte in England Störungen der telegraphischen und telephonischen Verbindungen. An der Küste-Wandung wurde ein Segelschiff gegen die Rots geschleudert und zerstörte einen Teil derselben. Die Hafenbeamten, die auf dem Molenkopfe stationiert sind, sind abgeschnitten und es ist nicht möglich, ihnen Hilfe zu bringen.

Unwetter in Frankreich. Wie Pariser Blätter melden, wird ein Teil von Frankreich, darunter Paris, seit vorgestern von außerordentlich heftigem Sturm heimgesucht. Paris ist im Telephon- und Telegraphenverkehr besonders mit dem Norden und mit dem Osten völlig abgeschnitten. In Ostfrankreich, besonders in der Gegend von Nancy hält das schlechte Wetter und der Sturm an. Es hat gestern auch geschneit. Das Thermometer zeigt 10 Grad unter Null.

Letzte Nachrichten.

Die Ablieferung des deutschen Schiffsraums.

Paris, 20. Jan. (Havas.) Bis zum 31. Dezember sind der Reparationskommission von Deutschland insgesamt geliefert worden: 2 054 720 Bruttoregistertonnen Schiffe, davon 2 019 655 Tonnen Dampfer, 9 750 Tonnen Schlepper und 25 329 Tonnen Segler. Deutschland hat noch etwa 500 000 Tonnen Schiffsraum zu liefern. Von dem abgelieferten Schiffsraum sind etwa 1 814 173 Tonnen folgendermaßen verteilt worden: An England 1 477 939, an Frankreich 166 924, an Italien 124 901, an Japan 28 878 und an Belgien 50 831 Tonnen. Der Dampfer „Liripig“ mit 20 000 Tonnen ist eben fertiggestellt und wird im Laufe des Januar abgeliefert.

BORG CIGARETTEN für Qualitäts-Raucher

Wasserstandsberichte am 21. Januar 1921.

gestern heute		gestern heute	
Jawischost	+1,30	Kurzbrack	+2,12
Worshau	+1,58	Montauespöhe	+1,63
Schörau O. P.	+6,68	Dickel	+1,73
Walgensberg O. P.	+4,60	Dirschau	+2,00
Neuhorslerbusch	+2,10	Einlage	+2,68
Thorn	+1,62	Schiewenhorst	+2,83
Jordon	+1,55	Wolfsdorf	-0,08
Calin	+1,57	Kuwachs	+1,11
Grudens	+1,72		+0,91

Verantwortlich für Politik Dr. Wilhelm Bofge, für den Danziger Nachrichtenteil und die Unterhaltungsbeilage Fritz Weber, beide in Danzig; für die Inserate Bruno Gwert in Oliva. Druck und Verlag von J. Gohl u. Co., Danzig.

MAGGI^s Fleischbrüh-Würfel

— Qualitätsware, kein Ersatz. —

ersparen Fleisch u. Fett.

Nur mit kochendem Wasser übergossen, geben sie feinste Fleischbrühe zum Trinken und Kochen, zum Verbessern oder Verlängern von Suppen und Tunken aller Art. (3848)

Ähnliche Bekanntmachungen.

Abgabe von Lebensmitteln.

Im Laufe der nächsten Woche kommen folgende Lebensmittel zur Ausgabe:

1. Auf die Lebensmittelkarte:

250 Gramm Reis zum Preise von M. 3. — für das Pfund. Marken I und I A der neuen Danziger Lebensmittelkarten für Erwachsene und Kinder sowie Marken 37 und 37 A der Lebensmittelkarten für Erwachsene und Kinder in den Nachbargemeinden.

2. Auf die Lebensmittelzulassungskarten:

250 Gramm Weizengrieß zum Preise von M. 1.70 für das Pfund auf die Marke I der neuen Danziger Lebensmittelzulassungskarten für Personen über 60 Jahre, erhältlich in den nachfolgenden Geschäften:

Danzig:

- Oesterreich, Kneipab,
- B. Nickel, Langgarten 52,
- Jaruschewski, Mattenbuden 19,
- Endrucks, Schiffstraße 11,
- S. Sommer, Thornscher Weg 11,
- L. Schenkel, Engl. Damm 10a,
- E. Pulkammer, Hopfengasse 89,

- B. Jäschke, Hundegasse 79 80,
- M. Bronowski, Poggenpühl 24 25,
- J. Wscher, Fleischergasse 87,
- C. Kamelow, Petershagen 28,
- B. Len, Grenadtergasse 33,
- M. Kurowski, Breitgasse 108,
- F. Brüggemann, Sandgrube 36,
- R. Dentler Nachf., Heil. Geistgasse,
- J. Holzrichter, Fischmarkt,
- M. Kruschewski, Schild 10,
- S. Blau, Schlüsselbamm 14/15,
- E. Biehl, Schichauergasse 4,
- F. W. Lualis, Schichau-Kolonie,
- W. Kroll, Pfefferstraße 71.

Stadtgebiet:

M. Böhm, Stadtgebiet 35.

Schidlich:

- R. Folschert, Unterstraße 10,
- R. Kirkowski, Karthäuser Straße 34.

Heubude:

- O. Blank, Heidestraße 33,
- M. Osschanka, Heidestraße 26.

Rauental:

- F. Zurbuchen.

Langfuhr:

- S. Anrik, Neuschottland 19,
- M. Dahlmann, Hauptstraße 56,
- E. Jekka, Hauptstraße 126,
- Orzenkowski, Marienstraße 8.

Neufahrwasser:

- M. Kallweit, Kirchenstraße 6,
- S. Biber, Olwaer Straße 48/49.

Brösen:

- J. Gill, Kurzstraße 8.

St. Albrecht:

- B. Claassen, St. Albrecht 7.

Die Restbestände an Bienenhonig sind zum Preise von Mk. 12.50 für das Pfund markenfret zu verkaufen. Die Lieferheine für Reis werden am Sonnabend, den 22. d. Mts. an die Händler mit den Anfangsbuchstaben A—K und Montag, den 24. d. M. an die Händler mit den Anfangsbuchstaben L—Z in der Zeit von 8—1 Uhr vormittags im Lebensmittelamt, Wiebenkaserne, Flügel B, Eingang Poggenpühl, 2. Obergesch., Zimmer 31 ausgegeben.

Die Lieferheine für Weizengrieß werden ebendort an die obengenannten Händler ausgegeben. Die Einreichung der verinnahmten Marken erfolgt in der üblichen Weise. Die bei den Butterhändlern noch befindlichen Speisefettmarken Nr. 2 sind umgehend in der Nahrungskartenstelle, Wiebenkaserne, Poggenpühl, Flügel B, 1. Obergesch., Zimmer 28 einzureichen.

Danzig, den 20. Januar 1921.

Der Magistat.

(3449)

Volksfürsorge

Bewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungsgesellschaft Aktiengesellschaft. Aem. Pollicenverfall. — Sterbekasse. — Günstige Tarife für Erwachsene und Kinder. Auskunft in den Bureaus der Arbeiterorganisationen und von der Rechnungsstelle 16 Danzig.

Ein zweiräd. Wagen

24 verk. Zu erfrag. bei S. Gibranzgk. Am Spandhaus 6. (f)

Neuer Anzug

billig zu verkaufen. (f) Neuring, Langfuhr, Heidestraße Weg 11.

Kontoristin

sucht sofort Stellung. Angebote unter D 750 an die Exped. d. Bl. (f)

Anständige Frau

veritt um Wäsche. (f) Hintergasse 18, 2 Tr.

Genossen, Leser und Genüßlingsfreunde

Geschäfte, die nicht in Eurer Zeitung inserieren, verzichten auf Eure Kundenschaft! Berücksichtigt daher bei Euren Einkäufen nur die

Inserenten der „Danziger Volksstimme“.

Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper.
Freitag, den 21. Januar 1921, abends 7 Uhr
Dauerkarten A 1.

Wahlspiel der ersten hochdramatischen Sängerin Fräulein
Rosa Werker vom Stadttheater in Stettin.
Ihre Einführung.

Don Juan

Oper in 3 Akten (7 Bildern) von Wolfgang
Amadeus Mozart.
In Szene gesetzt von Oberregisseur Julius Brückner.
Musikalische Leitung: Otto Selberg.
Inspektion: Otto Friedrich.

Abend um 10 Uhr.

Sonntag, abends 7 Uhr. Dauerkarten B 1. Mehr
für 200. Sonntag, nachmittags 2 1/2 Uhr.
Kleine Preise. Prinz Sigisbert und Prinzessin
Henke etc. Abends 6 1/2 Uhr. Erhöhte Preise.
Dauerkarten haben keine Gültigkeit. Wahlspiel
Paul Papstert vom Deutschen Opernhaus in
Charlottenburg. Tanzbühnen oder Der Sänger.
Krieg auf der Wartburg. Montag, abends
7 Uhr. Dauerkarten C 1. Die Meppen.

Neues Operetten-Theater

(früher Wilhelm-Theater.)
Tel. 4092. Tel. 4092.
Regisseur u. Direktor Paul Hansmann.
Königl. Leitung: Dr. Sigmund Kunstadt.
Heute Freitag, den 21. Januar

Anfang 7 Uhr Anfang
Zum 1. Male.

Die geldbediene Frau

Operette in 3 Akten.
Musik von Leo Fall.

Morgen Samstag, d. 22. Januar
Erstmalig.

Vorverkauf endet tags 10-4 Uhr nur
im Deuma-Haus Langgasse 69. 70 statt
Sonntags 9-2 Uhr a. d. Theaterkasse
Nach Schluss der Vorstellung.
Fahrverbindungen nach allen Richtungen.

In den Parterre-Räumen:
Klein-Kunst-Bühne „Libelle“

Reinmachefrauen Danzigs!

Öffentl. Versammlung

am Sonntag, den 23. d. Mts., nachm. 4 Uhr
in der Petruschule (Singhaal)

Tagesordnung:

Welchen Lohn hat eine Reinmachefrau zu
fordern? (Referentin: Frau Käthe Deu.)
Reinmachefrauen aus allen Büros und Betrieben
kommen und erheben für ihre Interessen ihre
Stimme! (3439)

Zentralverband der Hausangestellten
Ortsgruppe Danzig.

Täglich 7 Uhr.

SCALA

Fr. Sporthalle Große Allee

THEATER

Das phänomenale Programm!

Sonntag, den 22. Januar

Wegen allgemeiner Beliebtheit und zweimaliger Prolongation
Benefiz- und Ehrenabend
der Wild-West-Truppe

Barossia-Björnson

Alberti's Löwen

10 weitere Attraktionen 10

Hierauf: Große Nachtoper im Scala-Nachtclub

Nachtfalter Scala-Café

Künstlerspiele u. Täglich 4 Uhr
Palais de danse Konzert

Metropol-

Lichtspiele

Dominikswall 12.

Charles Willy Kayser

als Detektiv in

Gauner der Gesellschaft

5 Akte aberaus spannender Szenen

Das Rätsel

1348

im Menschen!

Monumental-Filmspiel in 5 Akten
mit der berühmten nordischen Hellscheiterin
Hella Leitner und dem beliebten nordischen
Darsteller Alf Blücher.

Anfang täglich 4 Uhr. Sonntags 3 Uhr.

Gedania-Theater

Schüsselstr. 53/55.

Achtung! Versäumen Sie nicht
den sehenswerten Spielplan

MORITURUS

(Dem Tode geweiht)

Detektiv-Großfilm in 6 Akten.

In den Hauptrollen:

Reinhold Schünzel, Max Landa,
Conrad Veidt, Hilde Wöner.

Außerdem:

Der Leidensweg der Blanche Gordon.

Kriminelles Drama in 5 Akten mit Alice Brady.



Lichtbild-Theater

Langenmarkt Nr. 2.

Intime Lichtspiele

Eine Sehenswürdigkeit

Ist das neue Programm

Der Kopf des Gonzalez

Die Tragödie dreier Menschen
und eines Volkes in 5 Akten.

Die Dreizehn aus Stahl

Ein Detektiv-Abenteuer in 6 Akten.

Hauptrolle:

Carl de Vogt. 3344



Vom 21. bis 27. Januar

1345

Der Mond ohne Täter

Eine Begebenheit in 5 Kapiteln
Hauptrollen: Hanni Weiss, Herm. Valentini

Der lustige Witwer

Lustspiel in 4 Akten mit Wilhelm Hartstein

Beginn 4, 6 und 8 Uhr

Soeben erschienen

Ist der

Vorwärts-Almanach

1921

Preis 4 Mark.

Buchhandlung Volkswacht,
Am Spandhaus 6 und Paradiesgasse 32.

Sonntag, den 22. Januar 1921,

abends 6 Uhr im Café Derra



Kappenfest

Freunde, Bekannte und Gönner des
Verbandes werden hierzu freundlich eingeladen.
Verband der Buchbinder, Ortsverein Danzig

Odeon Edén

Heute Freitag letzter Tag
Anstündige Frauen!

Ab Sonntag, 4 Uhr:

Das gr. Zirkus- u. Liebesdrama

Die Benefiz- Vorstellung der 4 Teufel!!

Dargestellt von allerersten Artisten und
Schauspielern unter Mitwirkung des welt-
berühmten Balletts Bherelli.

Die Zirkusaufnahmen sind im
Zirkus Sarasani in Dresden
(3446) gemacht worden.

Die Benefizvorstellung der
4 Teufel ist nicht zu verwech-
seln mit dem vor Jahren
gezeigten Film: Die 4 Teufel

Nie gesehene großangelegte Auf-
nahmen. Unglaublich. Sensationen.

In allen Berliner Kinos wochen-
lang mit Riesenerfolg gelaufen.

Darüber ein reichhaltiges Beiprogramm

Aderverkalkung

Harabeschwerden
Schwindelanfälle

Verl. Sie Grabbeschriftung über San.-Rat Dr. Weiss's giftig. Heilungen
Dr. Gebhard & Co., Berlin W 35, Potsdamer Straße 104a.

Der Neue Weltkalender

für 1921

Preis 2,25 Mark

Buchhandlung Volkswacht

Am Spandhaus 6 und Paradiesgasse 32

Rat und Auskunft

in wirtschaftlichen Fragen erteilt allen Frauen
und Mädchen jeden Mittwoch von 5-7 Uhr abends

Die Frauenkommission der S. P. D.
4. Damm 7 II, Zimmer 4.

Billige Wollwaren und verschiedene Rest-Bestände!

Gute Qualitäten zu billigen Preisen begründen den Ruf meines Hauses.

Herren-Hemden

dicke Qualität, wolle-
gemischt Stück 48⁰⁰

Herren-Hemden

dicke, weiche Qualität,
Pelztrikot Stück 65⁰⁰

Herren-Beinkleid

aus gutem baumwoll.
Trikot Stück 29⁷⁵

Herren-Beinkleid

aus gutem Trikot, pelz-
gefärbt Stück 31⁵⁰

Kinder-Änknöpfhöschen

gestrickt Stück 9⁵⁰

Kinder-Sweater

farbig gestrickt Stück 14.50, 12⁷⁵

Kinder-Leibchenhose

aus gutem Trikot-
gewebe Stück 17.50, 12⁵⁰

Mädchen-Reformhose

gute Qualität, mit
Futter Stück 42.75, 36⁷⁵

Kopftücher

aus Wolle Stück 16.50, 13⁵⁰

Kopftücher

aus Wolle, schwarz, farbig und ge-
streckt Stück 29.50, 24.50, 19⁵⁰

Kopftücher

aus Kunstseide, schwarz, weiß und
farbig Stück 53.00, 45.00, 33⁰⁰

Kopftücher

aus Kunstseide,LICHTER Art, in versch.
Mustern u. Farben Stück 85.00, 62.00, 45⁰⁰

Damen-Unterröcke

aus gutem Barchent Stück 19⁷⁵

Unterröcke

für Damen
und Mädchen
in Wolle gestrickt Stück 53.00, 24⁰⁰

Untertailen

für Damen,
gestrickt,
gute Qualität, weiß und
beige Stück 25⁷⁵

Damen-Westen

gestrickt Stück 24.75, 21⁷⁵

Korsett-Schoner

in guter Qualität Stück 10⁷⁵

Echte Kamelhaar-Hemden, Beinkleider Rücken- und Lungenschützer

in ganz dicken reinwollenen Qualitäten für Rheumatismus-Kranke und
wieder eingetroffen.

Sämtliche Pelzwaren

jezt im Preise
bedeutend ermäßigt.

Strickwolle

in Schwarz, gute Qualität 50 Gramm 7⁰⁰

Strickwolle

gute Qualität, schwarz meliert 50 Gramm 8⁵⁰

Rodel-Mützen

hausartig und geraucht 6.50 4⁵⁰

Rodel-Schal

grau Flausch mit verschied.
farbigen Streifen 25⁷⁵

Rodel-Schal

weiße Wolle, doppelt gewebt 39⁵⁰

Knaben-Eisfell-Mützen

mit Ohrklappen 6⁷⁵

Knaben-Schweden-Mützen

Stoff mit Krimmerrand 4⁵⁰

Knaben-Sport-Mützen

8 teilig, aus melierten Stoffen 3⁷⁵

Sternfeld

Nathan Danzig Langfuhr.